

Bund will Flüchtlingsfinanzierung kürzen FDP fragt nach Konsequenzen für Krefelder Haushalt

"Welche Konsequenzen für den städtischen Haushalt hätten die vom Bund geplanten Milliardenkürzungen bei der Flüchtlingsfinanzierung?", fragt die FDP-Fraktion und erwartet Auskunft in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 16. Mai.

"Ende des Jahres laufen viele bestehende Regelungen zur Flüchtlingsfinanzierung durch den Bund aus. Das gilt vor allem für die 670-Euro-Pauschale für Asylbewerber im Verfahren, die Integrationspauschale und die Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge. Der Bund will seine Mittel für die Flüchtlingsfinanzierung sehr stark kürzen. Das ist so auf keinen Fall vertretbar. Auch wenn die Zahl der neu ankommenden Asylbewerber sinkt, sind viele Menschen unterschiedlichster Herkunft mit nicht ausreichenden Sprachkenntnissen und Qualifikationen im Land. Damit ihre Integration vorankommt, bedarf es noch lange finanzieller Unterstützung", meint FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

"Hinter der Strategie "Wir schaffen das!" steckt die stärkere Belastung auch einer Stadt wie Krefeld, deren Haushaltsausgleich im kommenden Jahr dadurch aber in Frage gestellt sein könnte!"